

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 80 38/39
Telex: 0886 846 ppbn d



Inhalt

Egon Lutz MdB, Obmann der Arbeitsgruppe Arbeit und Sozialordnung der SPD-Bundestagsfraktion, würdigt Neues vom Sozialpolitiker Strauß: Wird Norbert Blüm von Bayern links überholt?

Seite 1

Heidemarie Wiczorek-Zeul MdEP stellt fest, daß Nicaragua die Entwicklungsgelder vorbildlich nutzt: Mehr Hilfe notwendig.

Seite 3

Klaus Grobecker MdB, Hans Ulrich Klose MdB und Peter Mitzscherling MdB beschreiben die katastrophale Lage im Schiffsbau: Die Bundesregierung darf nicht länger untätig bleiben.

Seite 4

Karlheinz Kiejdzinski MdB sieht Verteidigungsminister Wörner im Widerspruch zum Umweltbundesamt: Tieffluglärm nicht gesundheitsschädlich?

Seite 5

38. Jahrgang / 152

11. August 1983

Neues vom Sozialpolitiker Franz Josef

Wird Norbert Blüm von Bayern links überholt?

Von Egon Lutz MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Arbeit und Sozialordnung der SPD-Bundestagsfraktion

Das muß ihm der Neid lassen: Ein politisches Verkaufsgenie ist der Franz Josef Strauß in der Tat. Nun hat er dem Ostpolitiker Strauß den Sozialpolitiker Strauß an die Seite gestellt. Und sein Wasserträger Otto Wiesheu wird die Sommerflaute mit dem Hinweis, notfalls werde Bayern gegen die beabsichtigten Änderungen beim Mutterschaftsgeld und Mutterschaftsurlaub sowie bei den Verschlechterungen der Voraussetzungen für Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrenten, gemeinsam mit den SPD-Ländern im Bundesrat stimmen, um das Koalitionskonzept von Bonn zu Fall zu bringen.

Dazu muß man wissen, daß die angegriffenen Regelungen nicht zustimmungspflichtig sind. Der Protest der Bayern wäre allein schon aus diesem Grunde zwar lästig, aber für Kohl nicht sonderlich besorgniserregend. Problematischer würde es indessen, wenn sich auch Baden-Württem-



bergs Ministerpräsident Späth der bayerischen Besorgnisse anschlösse. Grund genug dafür hätte er allemal, Wahlen im Musterländle stehen 1984 an, und da wäre es schon sehr hilfreich, der Späth könnte mal wieder soziale Flagge zeigen. Käme es dazu, wäre die Mehrheit in der Länderkammer dahin, Kohl müßte mit seiner Bundestagskoalition die Barriere der Länder beiseite räumen. Das wäre allerdings gewiß peinlich für den Kanzler, noch peinlicher für den Arbeitsminister, der ja ansonsten permanent von sich behaupten läßt, ihm lägen die Sorgen und Nöte der kleinen Leute besonders am Herzen. Wie blümerant dürfte ihm werden, wenn er mitansehen müßte, wie der Strauß (und vielleicht noch einer) links an ihm vorbeiziehen würden?

In der Sache selbst ist beim angekündigten Bayern-Protest wenig auszusetzen. Die Verbüßerungen beim Mutterschaftsgeld und Mutterschaftsurlaub sind in der Tat extrem familienfeindlich. Sie sind in der Sache außerdem blanker Unsinn. Denn wenn die Sparabsichten, die Blüm daran knüpft, tatsächlich verwirklicht sind, wird er das, was er beim Mutterschaftsurlaub spart, beim Bundeszuschuß für die Arbeitslosen drauflegen müssen. Und noch ein erklecklich Teil mehr. Ein Arbeitsloser kommt nämlich dem Staat teurer zu stehen, als die Mutter, die sich der Pflege ihres Babys widmet. Der Strauß soll es bereits begriffen haben, hört man. Dem Arbeitsminister müßte es noch eingetrichtert werden, raunt man.

Was die beabsichtigten Verschlechterungen der Voraussetzungen für Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrenten angeht, hat der Sozialpolitiker Strauß ebenfalls die besseren Karten in der Hand. Wieder einmal ist der Bundesarbeitsminister seinem Hang zur Oberflächlichkeit erlegen. Was mit seinem Schritt, etwa zu sparen, ist (nämlich bei der Rentenversicherung), muß andern Orts kräftig zugelegt werden. Bei der Bundesanstalt für Arbeit beispielsweise und bei den Trägern der Sozialhilfe. Es ist keinem Bundesland zu verdenken, wenn es sich gegen diesen Verschiebepbahnhof der Lasten zur Wehr setzt. Da muß man nicht einmal an die Betroffenen denken (und wer in der Koalition täte das schon?). Da muß man nur den Taschenrechner bemühen, um zu wissen, wie zu entscheiden ist.

Sozialdemokraten empfinden mit Bitterkeit, daß ihre Bedenken, vor Monaten gegen Blüms Konzept vorgebracht, in den Medien eher beiläufig abgehandelt worden sind. Straußens Übernahme der SPD-Kritik dagegen geriet auf die Frontseite der Tageszeitungen. Sicher, das ist betrüblich. Aber letztlich nützt ein jeder Schritt, der dazu angetan erscheint den Unsinn der Neu-Bonner-Sozialpolitik zu entlarven, den Menschen. Deshalb werden wir auch weiterhin nicht zögern, den Christdemokraten und Christsozialen vor auszudenken. Und nichts dagegen haben, wenn unsere Einwände und Vorschläge unter anderer Parteilflagge uns wieder begegnen.

(-/11.8.1983/bgy/ca)

+ + +



Mehr Hilfe notwendig

Nicaragua nutzt die Entwicklungsgelder vorbildlich

Von Heldemarie Wiczorek-Zeul MdEP

Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Außenwirtschaftsbeziehungen
im Europäischen Parlament

Die vom CSU-Entwicklungsminister Warnke angekündigte Überprüfung beziehungsweise der Stopp für Entwicklungshilfe für Nicaragua ist sachlich völlig unbegründet und ein rein politisch begründeter Akt der Unterordnung unter die falsche Politik der US-Regierung gegenüber Nicaragua.

Ich habe mich bei meinem Aufenthalt in Nicaragua davon überzeugen können, daß die sandinistische Regierung die gegebenen Finanzmittel sowohl der Bundesrepublik als auch insgesamt der Europäischen Gemeinschaft schnell, effektiv und zugunsten der besonders armen Bevölkerungsgruppen einsetze - was sie von vielen anderen lateinamerikanischen Regierungen positiv unterscheidet.

Gleichzeitig werden mit diesen Finanzmitteln sinnvolle Reformprojekte unterstützt, so zum Beispiel die Landreform, die Schaffung bäuerlicher Genossenschaften etcetera - Projekte, die ebenfalls nur in wenigen lateinamerikanischen Staaten durchgeführt werden.

Alle EG-Mitgliedsstaaten leisten gegenüber Nicaragua weiterhin Entwicklungshilfe und Unterstützung. Die Europäische Gemeinschaft selbst hat mit der Stimme der konservativen Bundesregierung noch Ende letzten Jahres ein Sonderprogramm für vier Länder Mittelamerikas, darunter auch Nicaragua, beschlossen.

Wer jetzt als deutscher Entwicklungsminister die Hilfe für Nicaragua in Frage stellt, verfehlt die Funktion seines Amtes, indem er dessen Politik außenpolitischen Zielen der US-Regierung unterwirft.

Notwendig wäre stattdessen eine neue gezielte und zwischen den EG-Mitgliedsstaaten abgestimmte erhöhte Entwicklungshilfe für das Land, das extrem unter der Politik des US-Interventionismus leidet.



Katastrophale Lage im Schiffbau

Die Bundesregierung darf nicht länger untätig bleiben

Von Claus Grobecker MdB, Hans-Ulrich Klose MdB und Peter Mitzscherling MdB

Der deutschen Schiffbauindustrie steht das Wasser bis zum Hals. Ohne sofortige zusätzliche öffentliche Hilfestellung, insbesondere für den Export, wird die Mehrzahl der deutschen Schiffbauunternehmen nicht überleben.

Durch die rückläufige weltweite Auftragsvergabe, durch hohe wettbewerbsverfälschende Baukostensubventionen in Konkurrenzländern und durch den staatlich geförderten Aufbau von Schiffbaukapazitäten, vor allem in Schwellenländern, hat sich die Beschäftigungslage so verschlechtert, daß 26 von insgesamt 37 Seeschiffahrtswerften für 1984 ohne jeden Auftrag sind. Diese krisenhafte Entwicklung wurde in der Anhörung der SPD-Bundestagsfraktion im Juni dieses Jahres von allen betroffenen Wirtschaftsverbänden, den Landesregierungen Hamburgs und Bremens sowie den zuständigen Gewerkschaften verdeutlicht.

Die dramatische Verschlechterung der Auftragslage im zweiten Quartal 1983 hat die vom Bundeswirtschaftsministerium in der Anhörung vorgetragene positive Einschätzung über die Entwicklung im Schiffbau als reinen Zweckoptimismus entlarvt. Die Auftragseingänge im zweiten Quartal 1983 haben sich gegenüber dem ersten Quartal von 600 auf rund 300 Millionen Mark halbiert; Exportaufträge gab es im zweiten Quartal so gut wie überhaupt nicht (circa 40 Millionen Mark). Faßt man die beiden Quartale zusammen, so ist festzustellen, daß die Auftragseingänge für das erste Halbjahr 1983 um 39 Prozent unter denen des Vergleichszeitraumes von 1982 liegen.

Noch in der Anhörung hatte das Bundeswirtschaftsministerium behauptet, daß, die Aufträge des ersten Quartals 1983 auf das ganze Jahr hochgerechnet, die Schiffbaukapazitäten hinreichend ausgelastet würden. Diese Schönfärberei hat sich - wie von allen Fachleuten in der Anhörung vorhergesagt - nicht bestätigt.

Die Bundesregierung muß sich darüber im klaren sein, daß ihre Weigerung, vor allem die Auftragshilfe für den Export wieder einzuführen, die bereits 1979 bis 1981 erfolgreich von der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung praktiziert worden war, zu unzumutbaren Beschäftigungseinbrüchen in der gesamten norddeutschen Region führen wird. Schon heute ist die Arbeitslosigkeit an der Nord- und Ostseeküste wesentlich höher als im Bundesdurchschnitt. Allein in Bremen würde durch den Zusammenbruch der dort ansässigen beiden Großwerften die Arbeitslosenquote auf rund 17 Prozent, in Bremen-Nord sogar auf unerträgliche 30 Prozent ansteigen.

Wir fordern daher die Bundesregierung auf, sofort die von den Gewerkschaften, Verbänden, Unternehmern sowie den norddeutschen Landesregierungen gemeinsam für notwendig erachteten Maßnahmen durchzuführen, um existenzfähige Schiffbaukapazitäten in Deutschland zu erhalten. Die jüngsten Zahlen über die weitere Verschlechterung der Auftragslage zeigen, daß keine Zeit mehr verloren werden darf, zusätzliche Hilfestellungen für die deutsche Schiffbauindustrie in die Wege zu leiten. Dazu gehört nach unserer Auffassung noch in diesem Jahr

- die Bereitstellung von Auftragshilfen für den Exportschiffbau,
- die Aufstockung des Fördersatzes der Reederhilfe,
- ein ausreichender Investitionszuschuß für Umstrukturierungen im Schiffbaubereich und
- eine verstärkte Förderung der zwischenbetrieblichen Zusammenarbeit.

Angesichts der besorgniserregenden Entwicklung auf dem Schiffs- und dem Schiffbaumarkt und der zu befürchtenden Auswirkungen für die Beschäftigten in dieser Branche sowie in der Zulieferindustrie sind staatliche Unterstützungen zur Überwindung der internationalen Wettbewerbsverzerrungen unverzichtbar. (-/11.8.1983/vo-he/ca)

+ + +



Tieffluglärm nicht gesundheitsschädlich ?

Minister Wörner im Widerspruch zum Umweltbundesamt

Von Dr. Karlheinz-Klejdzinaki MdB

Mitglied der Arbeitsgruppe Sicherheit der SPD-Bundestagsfraktion

Mit Befremden habe ich zur Kenntnis genommen, daß Bundesverteidigungsminister Wörner den von tieffliegenden Militärmaschinen verursachten Lärm nicht für gesundheitsschädlich hält. Dies hat der Minister jedenfalls im Hinblick auf den Odenwald "herausgefunden".

Da werden einerseits Jugendliche vor zu häufigen Diskotheken-Besuchen gewarnt, da gibt es Arbeitsvorschriften die Schutzmaßnahmen bei Lärm vorsehen, alles Vorsorgen für Gesundheitsschäden durch Lärm und dem Bundesminister der Verteidigung sind solche zu erwartenden Lärmschäden nicht bekannt.

Vielleicht sollte sich der Bundesverteidigungsminister einmal mit einer von seinem Kollegen, vom Bundesminister des Inneren herausgegebenen Studie vertraut machen, in der Fluglärm immer noch als ernstes Umweltproblem dargestellt wird (erarbeitet vom Umweltbundesamt in Berlin, Sachgebiet: Aufklärung der Öffentlichkeit in Umweltfragen).

Sollte aber die vom Bundesverteidigungsminister zitierte fachärztliche Untersuchung wirklich zu so ganz anderen Ergebnissen gekommen sein, so wäre es sicher sinnvoll, diese Untersuchung zu veröffentlichen, sei es, um die Bevölkerung zu beruhigen, daß sie eben der reinen Belästigung durch Lärm nicht auch noch Gesundheitsschäden zu befürchten habe, sei es aber auch, um die Seriosität der Untersuchung zu überprüfen.

Zu der Lärmbelästigung kommt aber auch noch der Schreckmoment, der - bei plötzlichem Herandonnern einer tieffliegenden Maschine - ganz erheblich zur Minderung des Wohlbefindens der Bevölkerung beiträgt. Doch in diesem Fall geht es nicht nur um die geplagte Bevölkerung: Der Odenwald ist Feriengebiet und so kommt zur Belästigung der Einheimischen auch noch die Beeinträchtigung des Erholungswertes des Gebietes.

Sicherlich ist jedem Bundesbürger einsichtig, daß Übungsflüge in geringen Höhen stattfinden müssen, um die Leistungsfähigkeit unserer Luftwaffe zu gewährleisten. Aber diese Einsichtsfähigkeit sollte nicht überstrapaziert werden. Und es wäre zweifellos glaubwürdiger, wenn der Bundesverteidigungsminister sich an diese Einsichtsfähigkeit der Bevölkerung wenden würde, statt durch Herabspielen der Belästigungen durch den Fluglärm unglaubwürdig und desinteressiert an den Problemen der Bevölkerung zu wirken.

Ich appelliere deshalb an den Bundesverteidigungsminister, die Flugzeiten für Tief-Flüge drastisch zu begrenzen, so daß die Bevölkerung und die Feriengäste zum Beispiel im Odenwald die Erholung vom Alltagsstress und Alltagslärm finden, die wiederum ihre Leistungsfähigkeit ermöglicht.
(-/ 11.8.1983/vo-he/ea)

+ + +

